

## Minister Giesbert warnt Frankreich

Eine Zerstückelung Deutschlands durch die Franzosen würde früher oder später einen Rachekrieg im Gefolge haben

Die Ernte-Aussichten in Deutschland sind günstig

Berlin, 27. April. — Der Minister des Post- und Telegraphenwesens Johann Giesbert erging sich im Reichstag gegen Frankreich in harten Worten, nachdem er erklärt hatte, daß dieses verhalte Deutschland zu zerstückeln. „Frankreich wird es eines Tages lebhaft bedauern, daß es jetzt versucht, das Rheinland und Bayern von dem kriegs- und ruhmreichen Deutschland zu trennen. Sollte es Frankreich gelingen, Gebiet von dem Deutschen Reich los zu trennen, dann wird früher oder später ein Rachekrieg kommen.“ Giesbert, ein geborener Rheinländer, ist Führer des christlichen Arbeitervereins; er weiß, was den Arbeitern not tut und weiß deren Bestrebungen in der Industrie des Landes ein Wort mitzureden zu dürfen, zu sagen. „Wir können uns in der Lage befinden, daß wir den Radikalen immer mehr entgegensteuern, nicht verfehlend“, sagte er. Ein Resultat des Krieges ist, daß die Arbeiter mit dem alten kapitalistischen System unzufrieden sind.

Wir werden uns daran tun, den Arbeitern auf halbem Wege entgegenzukommen. Deshalb wollen wir uns sträuben, ihnen Arbeiterrechte zu gewähren, wodurch sie eine Art Kontrolle über die Produktion und eine Uebersicht über das ganze Geschäft erhalten, ohne den Gang der Industrie zu beeinträchtigen. Ich sehe noch weitere politische Erdbeben in Deutschland und anderen Ländern voraus, hoffentlich werden wir auch diese überleben. Vermögen wir bis zur Ernte durchzuhalten, dann haben wir das Schlimmste hinter uns; Amerika aber muß uns helfen.“

Gute Ernteaussichten.

Berlin, 27. April. — In die frühen Zeiten Deutschlands ist jetzt ein Lichtstrahl gefallen, denn die natürlichen Ursachen der Getreideernte sind dermaßen gut geworden, daß die Ernte reichhaltig und es sei eine frühe Ernte erwartbar. Diese Nachricht wird um so freudiger begrüßt, als das Brot wieder teurer geworden ist. Diese Katastrophe in Verbindung mit anderen Preissteigerungen drängt auf neue Lohnverbesserungen hin, die sich jetzt tatsächlich überschüssig zeigen. Inzwischen ist aber nach der Besserung der Mark eine eigentümliche Erscheinung erfolgt: das Volk scheint das Geld nicht mehr mit so vollem Händchen auszugeben als zu der Zeit, da die Banknoten immer neue Tiefstufen erreichte, und es ist eine ziemlich große Kaufkraft eingetreten. Die Fabrikanten spüren sie allerdings noch nicht, aber einige Großfirmen werden schon merksam.

Der Vierterkrankung des Reichs ist eine unangenehme Ueberraschung zu teil geworden, denn die Regierung hat der Verdoppelung der Höchstpreise zugestimmt. Von einer Wiederherstellung des früheren Geldwertes des Getreides und der „Süffigkeit“ ist allerdings noch nicht die Rede.

Die hohe Politik.

Im politischen Leben sind in der vergangenen Woche einige Sensationen zu verzeichnen gewesen. Die hauptsächliche davon ist die Auseinandersetzung, welche die deutschnationale Partei mit ihrem gemäßigten Flügel gehabt hat. Dieser, in welchem die Herren Nordhoff, Strenitz, Demis und Delbrück miteingewandt sind, hatte den kappischen Witz in unerbittlicher Weise verurteilt, wofür die Herren jetzt von der Mehrheit quasi als Verräter gearbeidet und ausgeschlossen worden sind. Den früheren Minister von Rosadowsky-Wehner, der in der deutschnationalen Partei hospitierte, hat das ganze Treiben so angefordert, daß er auf den Kampf um die Wiedererlangung eines Mandats verzichtet hat.

Auch der bekannte freisinnige Parlamentarier von Bayer wird sich nicht wieder um einen Sitz im Reichstag bewerben.

Es wird hier erklärt, die schwedischen Reaktionen unterstützen Kapp und seine Anhänger.

Der Oberpräsident Richter in Hannover, der während des Kappputsches eine recht zweifelhafte Rolle gespielt hat und die welfische Bewegung auf Errichtung einer „Republik Niedersachsen“ unterstützt haben soll, ist entlassen worden.

Der große Streit um die Wiederhergabe der Kaiserbriefe im Wismar-Buch ist nunmehr vom Stuttgarter Oberlandesgericht entschieden worden. Es wurde dem Antrage, die Wiederhergabe der Briefe zu verbieten, stattgegeben.

Frl. Hohhouse, eine bekannte englische Pazifistin, die sich auch während des Krieges in ihrer Vorliebe für Deutschland nicht irren lassen ließ, hat jetzt eine großzügige Spende für Schulkinder in Leipzig organisiert.

Ein Deutsch-Amerikaner aus San Francisco, Wieland mit Namen, hat 50.000 Mark für die Franzfurter Kinderhilfe herbeigekommen.

Ein aufsehenerregender Diebstahl hat sich in Frankfurt am Main ereignet. Dem Großindustriellen Dove dort ist nämlich Platindraht im Werte von zwei Millionen Mark gestohlen worden. Von den Tätern heißt noch jede Spur.

Reichstagswahlen am 6. Juni.

Berlin, 27. April. — Der Vorschlag einer Änderung der Wahlgesetze dahingehend, daß Soldaten während ihrer Dienstzeit stimmberechtigt wären, wurde von dem Reichstag verworfen. Alle vier bürgerlichen Parteien stimmten geschlossen gegen den Antrag. Wehrminister Giesbert erhob warmen keine Stimme dagegen, daß Politik in das Heer getragen werde. Andere Redner machten geltend, falls den Soldaten das Wahlrecht erteilt werden sollte, so könnte das Heer leicht als Werkzeug zum Sturz der Regierung werden, wie dies in verschiedenen Staaten von Mittel- und Südamerika der Fall gewesen. Es wurde bekannt gegeben, die Wahlen für den ersten Reichstag der Republik würden am 6. Juni stattfinden, falls das Wahlgesetz ohne Verzögerung angenommen werden sollte. Auch gelangte eine Vorlage zur Annahme, welche verfügt, daß die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk und nicht durch die Nationalversammlung zu erfolgen hat.

Säuberung des Verwaltungs-Dienstes.

Der Prozeß der Regierung, den Verwaltungs-Dienst von Kommern und den übrigen Provinzen von reaktionären Elementen zu säubern, hat soweit zu der Entlassung von neunzehn Landräten geführt, welche beinahe durchweg dem alten Adel angehört und einen gewaltigen Einfluß in der Bevölkerung ausübten. Gleichfalls entlassen wurden die Regierungs-Präsidenten von Hannover und Königsberg und andere hohe Beamte, unter ihnen mehrere Abteilungs-Chefs im preussischen Departement des Innern. Andere sind aus freien Stücken von ihrem Amt zurückgetreten.

Die sozialistischen Fraktionen der preussischen Landesversammlung haben eine Liste von mehr als einem Dutzend von Beamten aufgestellt, deren Entlassung sie fordern. Die meisten der Entlassenen sollen noch wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt prozessiert werden.

Etliche 20 Offiziere der Sicherheitswehr sind kassiert worden. Die Säuberung dieses Korps von unerwünschten Elementen geht weiter. Der persönliche Stab des Wehrministers soll vollständig ausgeschaltet werden, da er, angelehnt an den Reichstag, für die überflüssig angesehen wird.

Polizei überfließt gefern die Hauptquartiere der Studentenvereinigungen in Greifswald, wie Privatwohnungen von Musenbüchern, die im Verdacht stehen, monarchisch gesinnt zu sein. Hauptmann Giese, welcher an der Kapp-Revolution teilgenommen haben soll, wurde verhaftet.

## Gas-Explosion fordert sechs Menschenleben

Anlage der Des Moines Gas Co. heute morgen in die Luft geflogen; eine Leiche ist jetzt geborgen.

Des Moines, Ia., 27. April. — Infolge einer Explosion in der Anlage der Des Moines Gas Co., die sich heute morgen um 5 Uhr zutrug, sind sechs Personen ums Leben gekommen und die ganze Stadt ist ohne Gas. Die Ursache der Explosion konnte noch nicht festgestellt werden. Eine Leiche ist unter den Trümmern herorgezogen und als die des Superintendenten Debine identifiziert worden. Die Feuerwehre durchsucht die Ruinen nach den Leibern der anderen Opfer. Ein Feuerwehrmann wurde bei dem Brande verletzt, der nach der Explosion ausbrach. Um 8 Uhr heute morgen hatte die Feuerwehr die Flammen unter Kontrolle. Der angerichtete Schaden ist noch nicht festgestellt worden.



Thomas Simpson, alias Thomas Shelly, der am letzten Sonntag den bekannten Arzt Dr. S. W. Markoe, den Leibarzt N. P. Margans, in der St. Georges Protestant Kirche erschoss. Der Mörder, welcher einem Irrenhaus in Virginia entflohen, ist ein Defektor aus der kanadischen Armee.

## Bayern nimmt Stellung gegen Radikalismus

München, 27. April. — Bayern mag sich von der Berliner Regierung vorläufig abtönen, sollte dieselbe allzu radikal werden. Bayern will seine Einrichtungen, die auf demokratischen Grundsätzen und nicht auf Klassenunterschieden aufgebaut sind, schützen; Bayern weigert sich, die Einwohnern die Aufsicht der Berliner Regierung, die die Auflösung der Wehr auf Verlangen der Ernte angeordnet hat. Süddeutschland ist Deutschlands Hauptbollwerk gegen Bolschewismus. Im letzten Jahre fünfzig norddeutsche Kruppen die bolschewistische Herrschaft in München und anderen bayerischen Städten auf Erfinden der bayerischen Regierung. Süddeutschland ist jetzt bereit, Norddeutschland denselben Dienst zu erweisen.

Diese Angaben machte Dr. Heim, der bekannte Führer in Bayern. Dr. Heim hat den Weimarer „Warenkönig“ und ist heute einer der stärksten Männer in Deutschland. Er gilt als Leiter der bayerischen Arbeiterbewegung, befreit aber ein Separatist zu sein. Er sagte, er sei nicht für Absonderung Bayerns, weil dieses Land keinen Seehafen, keine Kohlen und kein Eisen habe. Aber ein zeitweiliges Losgehen von der Berliner Regierung möge am Platze sein. Wenn die Zentralregierung in Berlin radikal würde, möchten Baden, Württemberg und vielleicht Ostpreußen mit Bayern zusammengehen und eine Schranke gegen Radikalismus errichten.

Dr. Heim bezeichnete die jetzige deutsche Regierung als ein leicht verführbares Sowjet und verglich die Bourgeoisie-Elemente darin mit Schwämmen und Korke, die auf dem Wasser treiben, wie der Wind bläst. Er sagte: „Der einzige wirkliche Mann in der Regierung war Moske, und dieser ist hingemorden.“

Dr. Heim gab zu, daß politische Agenten Frankreichs sich ihm in der Angelegenheit eines bayerischen Sonderstaates genähert hätten. Er habe sie aber über seinen Standpunkt aufgeklärt. „Ich bin kein Separatist“, sagte er, „aber wenn es mit dem Schweißesalle im Norden kein Ende nimmt, könnte ich einer werden.“

Er fügte hinzu, Frankreich habe ihm zu verstehen gegeben, daß es nichts dagegen haben würde, wenn Bayern wieder eine Monarchie würde.

Bank in Maryland geplündert.

Sagerstown, Md., 27. April. — Die Bank von Sandy Springs, Md., nur zehn Meilen von Washington, D. C., entfernt, wurde gestern von Auto-Banden überfallen, die Franz Holcomb, den Schmeißer des Bank-Präsidenten erschossen und mit allen Geldern in den Bank-Gewölben entkamen.

Hochseesoldaten kehren heim.

Washington, D. C., 27. April. — Ueber 4.000 Hochseesoldaten, die in Sibirien dienten, sind in Triest angekommen. 2.745 sind unterwegs und 6.612 sind noch in Wrangell. Der Armeetransportdampfer „Mount Vernon“, der einen Teil dieser Kruppen beförderte, hat 600 Kriegsgefangene — Deutsche, Österreicher und Ungarn — nach den West-Staaten gebracht.

## Präsident Wilson soll an Zukernot schuld sein

Tinkham hält seine Weigerung die Ernte von Cuba zu kaufen für die Preise verantwortlich.

Washington, 27. April. — Besorgnis über die steigenden Zukerpreise und die Anfründigung weiterer Preissteigerungen haben den Generalanwalt Palmer dazu veranlaßt, die Zukerrefinierer des Landes nach Washington zu beschicken, wo sie eine 4stündige Konferenz mit Generalanwalt Tigg hatten, dem die Profitbucherzettel unterstellt sind. Ueber den Verlauf und das Ergebnis der Unterredung wird von beiden Seiten Stillschweigen beobachtet. Es scheint aber festzustellen, daß keine Einigung auf einen gemeinsamen Aktionsplan gegen die unnötigen Mittelmänner und die Zukerrefinierer erfolgt ist. Die Sitzungen werden fortgesetzt werden.

Der Abg. Tinkham, Mass., der die Resolution einbrachte, Palmers Tätigkeit bezüglich der Louisiana Zukerpreise festzustellen, hat eine Uebersicht über die Zukerlage abgegeben, in welcher er die Schuld für den Zukermangel und die jetzigen hohen Zukerpreise auf die „Unfähigkeit des Präsidenten der Vereinigten Staaten im letzten August und September und teilweise auf die Tätigkeit des Generalanwalts im letzten November“ schiebt. Die Untersuchung habe „diese Tatsachen unwiderleglich ergeben“. Im August und September letzten Jahres empfahl die Zukerbehörde dem Präsidenten wiederholt den Ankauf der diesjährigen Ernte von Cuba, die für 6,5 Cents das Pfund erworben werden konnte, als der Zucker in den Vereinigten Staaten 10 Cents das Pfund kostete. Der Präsident verweigerte seine Genehmigung, ohne eine Gründe dafür anzugeben. Im November letzten Jahres gab der Generalanwalt seine Einwilligung zur Erhöhung des Zuckers von Louisiana auf 17 und 18 Cent das Pfund. Die Folge war ein Steigen des Zuckers in Cuba, der jetzt 18,5 Cents das Pfund kostet. Dadurch wird dem amerikanischen Konsument eine jährliche Ausgabe von \$180.000.000 aufgebürdet.

## Alliierte schießen nach unserem Gelde

Mächten gern sehen, daß Dunkel Sam als Schatzmeister der Alliierten fungiere.

Washington, 27. April. — Im Senat hat die Meldung, die Alliierten planen, daß die Völkerliga alle Kriegsschulden der Alliierten übernehmen solle, und daß die Vereinigten Staaten im Falle ihres Beitritts zu Liga ihren Teil der Schulden zu tragen haben, großes Aufsehen erregt. Aber weder diese Idee, noch der vom Obersten Rat gemachte Vorschlag, die Vereinigten Staaten sollen den Mandat über Armenien übernehmen, hat hier irgend welche Gegenliebe gefunden. Sogar Senator Hitchcock fürchtet, daß Uebnahme des Mandats die Vereinigten Staaten in Verbindung mit anderen Ländern kommen würden.

In San Remo wurde geltend gemacht, daß die Völkerliga nicht in Tätigkeit treten könne, weil ihr kein Geld zur Verfügung stehe; und man legt sich hier die Frage vor, ob die Alliierten erwidern, daß die Vereinigten Staaten das Geld hergeben sollten. Senator Lodge verlas im Senat eine Pariser Depesche, in welcher es heißt, der frühere Präsident Pointe und andere haben erklärt, daß bei der kommenden Konferenz der Völkerliga in Brüssel die Uebernahme der Kriegsschulden durch die Liga wieder aufs Kapitel gelangen werde. Zwei Pläne werden, wie Lodge wissen will, auf dieser Konferenz vorgelegt werden. Einer geht dahin, internationale Bonds zur Deckung der Kriegsschulden auszugeben, der andere soll darauf abzielen, daß die Vereinigten Staaten allein rehabilitieren sollen.

Senator Hitchcock bezeichnet dieses als Unfinn und glaubt nicht, daß sich die Liga mit derartigen Plänen tragen könne. „Es ist durchaus kein Unfinn“, warf Lodge ein, „die Briten und Franzosen sehen hierin durchaus nichts Widersinniges.“

Die Senatoren Knox, New und Moses erklärten, daß ein Mandat über Armenien von Volle der Vereinigten Staaten abgewiesen werden würde. Senator Hitchcock sagte: „Auch ich glaube nicht, daß das amerikanische Volk mit der Uebnahme des Mandats durch unsere Regierung einverstanden sein würde. Der Untersuchungs-Komitee für auswärtige Beziehungen hat empfohlen, daß man in der armenischen Frage nicht weiter gehen solle, als Kriegsschiffe nach Vatum zu senden und dort Nahrungsmittel und Waffen unter dem Schutz von Marinekruppen zu landen. Aber auch bei einem derartigen Vorgehen können für uns große Schwierigkeiten entstehen, die nicht absehbar sind.“

Wahlstärkung der Offiziere.

Washington, 27. April. — Das Haus- und Senatskonferenzkomitee hat beschlossen, das Fraktionier-Offiziere der Landarmee und der Marine entsprechend zu erhöhen. Oberleutnants und Oberste in der Armee und Kapitane in der Marine werden eine Zulage von \$600 im Jahre erhalten, höhere Offiziere erhalten \$840 das Jahr mehr. Unterleutnants und Fähnriche erhalten eine Traktamentzulage von jährlich \$420. Dieselbe wird vom 1. Januar ab gerechnet und ist bis zum 30. Juni 1922 in Kraft.

Fluß- und Hafenbill im Senat passiert.

Washington, 27. April. — Die Fluß- und Hafenbill in der Höhe von \$24.000.000 ist im Hause angenommen worden und geht jetzt an das Konferenzkomitee, wo das Schicksal der Bill in der nächste liegt.

Bolschewiki greifen Japaner an.

Tokio, 22. April. (Verpät.) — Nach einem Bericht des japanischen Kriegsanwalts bombardieren starke bolschewistische Streitkräfte die Stadt Khabarowsk. Bomben, die von Riegern geworfen wurden, fügten den Eisenbahn-Linien nördlich von Nizolsk großen Schaden zu.

Streik von Hazardspielern.

Augusta, Georgia, 27. April. — In diesem Spielhölle angelegte Amerikaner haben gestreikt, weil ihrer Forderung, den Lohn von \$10 auf \$15 der Tag zu erhöhen, nicht entsprochen wurde. Chinesen haben die Plätze der Streiker eingenommen.

## Keine Revision des Friedensvertrags

Die Bestimmungen desselben aber können in milderer Form ausgeführt werden; Alliierte erkennen die Schwierigkeiten

Die Italiener demonstrieren in San Remo

San Remo, 27. April. — In der von dem Obersten Rat erlassenen Erklärung, in welcher Deutschland aufgefordert wird, den Bestimmungen des Friedensunter allen Umständen strikt nachzukommen, heißt es, daß die Alliierten die Schwierigkeiten, mit denen die deutsche Regierung zu kämpfen hat, wohl anerkennen, indessen können weitere Uebertragungen nicht gebildet werden, wenn nicht die politischen Beziehungen mit Deutschland abgebrochen und weiteres deutsches Gebiet besetzt werden soll. Es wird jedoch gesagt, daß nicht die Absicht vorliegt, deutsches Gebiet dauernd zu annektieren. Die Vertreter jener Länder, die an der gestrigen Konferenz teilgenommen haben, sind mit dem Resultat derselben zufrieden. Man sieht den zukünftigen Konferenzen vertrauensvoll entgegen. Wie der britische Minister des Auswärtigen Paul Symonds sagt, haben sich nicht alle Hoffnungen der Franzosen erfüllt, sie haben aber mehr greifbare Zugeständnisse erhalten. Dazu kommt, daß eine bestimmte Summe festgelegt ist, die Deutschland als Schadenersatz zu zahlen hat. M. Jaspert, Belgiens Wiederaufbauminister, sagt, daß im Falle eine von Deutschland zu zahlende Summe festgelegt ist, Deutschland allen Ernstes beginnen wird, zu arbeiten, denn bisher habe es hierzu keine Lust gehabt, nicht wissend, wie viel Geld man von ihm verlange. Das Wort „Revision“ ist von den Alliierten fallen gelassen worden, dafür haben sie „Angelegenheit des Friedensvertrags“ gesetzt. Ruff ist mit den Verhandlungen zufrieden, denn die Beilegung der adriatischen Frage wird den Italienern und Jugo-Slawen allein überlassen.

Die Belgier sind zufrieden, denn sie glauben, daß der westliche Block der Mächte — Frankreich, Großbritannien und Belgien — gegen Deutschland fest dasteht. Die Belgier bringen auf eine bestimmte Summe, die von Deutschland entrichtet werden soll.

## Papiermangel wird vom Senat untersucht

Washington, D. C., 27. April. — Am Mittwoch wird ein Untersuchungs-Komitee des Senats-Komitees für Fabrikwesen die Untersuchung über die Papiernot beginnen. Senator Reed, Mo., ist Vorsitzender desselben. Die Untersuchung wird sich auf die Vorräte, die Verteilung und die Preise erstrecken.

Während der Sitzungen des Komitees wird das Staats-Departement versuchen, die kanadische Regierung zur Aufhebung der Beschränkungen des Rohmaterials zu bewegen. Die Herausgeber der bedeutendsten Zeitungen werden von dem Komitee vernommen werden.

Im Senats-Komitee für auswärtige Angelegenheiten empfahl Sen. Underwood die Einsetzung einer Kommission für die Aufhebung des Embargos der Kanadier auf Gold. Sollten freundliche Vorstellungen nicht helfen, so müßte zur Vergeltungsmaßregeln Zuzufußt angenommen werden, erklärte Underwood.

Fluß- und Hafenbill im Senat passiert.

Washington, 27. April. — Die Fluß- und Hafenbill in der Höhe von \$24.000.000 ist im Hause angenommen worden und geht jetzt an das Konferenzkomitee, wo das Schicksal der Bill in der nächste liegt.

## Treue Hunde wachen über Leiche der Herrin

Chicago, 27. April. — Drei halbverhungerte Hunde mußten bemutlos geprügelt werden, ehe die Polizei die Leiche ihrer Herrin, der 70jährigen Witwe Audenreid aus ihrer Wohnung entfernen konnte. Die alte Dame lebte ohne weitere Gesellschaft als die Hunde in ihrem Hause. Die Nachbarn, durch die ungewöhnliche Stille im Hause argwöhnisch gemacht, riefen die Polizei, welche die Tür erbrachen und die Frau tot vorfanden, von ihrem Tode freudig besehrt. Der Tod der alten Dame mußte schon vor 4 bis 5 Tagen eingetreten sein.

## Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Schön und wärmer heute abend und Mittwoch.

Griechenlands Premier Venizelos hat alle Ursache zu sein, denn Griechenland hat seine einmaligen Besitzungen Thrazien und Smyrna zurückerhalten.

Russland gegenüber hat der Oberste Rat eine mehr verständigere Haltung eingenommen, da er willens ist, zu gestatten, daß die Mächte mit dem russischen Vertreter Krastin wegen Wiedererlangung von Handelsverbindungen in Verbindung zu treten. Die Zionisten sind erfreut, daß Palästina der Herrschaft der Türken entrissen ist; sie betrachten jenes Land als ihre nationale Heimat. Nur für die Türken war es eine „schwarze Wode.“ Immerhin aber ist ihnen Cilicien in Kleinasien zugesprochen worden. Auch ist es möglich, daß sie Jerusalem behalten. Syrien aber fällt an die Franzosen. Der britische Premier Lloyd George ist von dem Gefühl durchdrungen, daß die letzte Wode für die Arbeiten des Obersten Rats erfolgreich gewesen ist. Die Delegaten sind heute heimgekehrt.

## Demonstration der Italiener.

San Remo, 27. April. (United Press.) Während eines gefestigten Abend zu Ehren der anwesenden Delegaten gegebenen Konzerts kam es seitens der Italiener zu einer Demonstration. Alle Führer der Alliierten befanden sich unter der Zuhörerzahl. Als das Orchester die italienische Nationalhymne intonierte, erhoben sich die vielen anwesenden Italiener, die den Winter in der Riviera verlebten und in zahlreichen Sdaren sich zum Konzert eingefunden hatten, von ihren Sitzen und riefen zu Lloyd George: „Range lebe Fiume und die Adria. Wir haben dafür gekämpft, 500.000 Italiener sind im Krieg gefallen; Sie aber haben ein ganzes Reich den Griechen gegeben, die Ihre Soldaten in den Straßen Athens ermordet haben.“ Lloyd George und Millerand hatten für diese Kundgebung ein Rädfeln.

## Offizieller Bericht.

Der Oberste Rat hat vor seiner gestrigen Abend erfolgten Vertagung nachstehenden Bericht herausgegeben: „Der Rat hat die letzten Klauseln des Friedensvertrags mit der Türkei abgeschlossen, desgleichen die an Präsident Wilson gerichtete Note, die von Großbritannien aufgesetzt war und Bezug auf das Mandat über Armenien hatte.“

„Die an Deutschland gerichtete Note wurde durchgelesen und beschlossen, Vertreter Deutschlands zu der nächsten in Paris stattfindenden Konferenz der Alliierten einzuladen, um über die Ausführungen der Bestimmungen des Vertrags zu beraten und die Zahl der im Auftritte zu verbleibenden Truppen zu bestimmen. Nachdem die Frage über die Zerstückelung deutschen Warthematerials und Prozeßierung von Kriegsgefangenen erörtert worden war, erfolgte Vertagung.“

## Albanische Regierung gestürzt.

London, 27. April. — Nach einer über Athen von Florida eingetroffenen Depesche haben die Anhänger Cissad Pefschas die albanische Regierung gestürzt und Tirano (zwei Meilen südwestlich von Triolo) und verschiedene andere kleine Städte eingenommen.

## Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Schön und wärmer heute abend und Mittwoch.

Für Iowa — Schön heute abend und wahrscheinlich Mittwoch.

Für Iowa — Schön heute abend und Mittwoch, gefolgt von unbestimmtem Wetter im östlichen Teil. Steigende Temperatur am Mittwoch und im westlichen Teil heute abend. Wahrscheinlich Frost heute abend.